



## **Fachinformationssitzung über die regionsweite Zusammenarbeit in Gesundheitsfragen mit den Parlamenten in der Europäischen Region der WHO**

**Mittwoch, 18. September 2019  
Foyerbereich 9, 13.00–14.30 Uhr**

### **Hintergrund**

1. Im Laufe der Jahre hat das WHO-Regionalbüro für Europa entweder auf bilateraler oder subregionaler Basis zunehmend mit Parlamentariern aus der gesamten Europäischen Region der WHO zusammengearbeitet. Ziel dieser Zusammenarbeit ist es, nationale Parlamentarier auf deren Wunsch bei ihren Diskussionen über gesundheitliche Themen zu unterstützen.
2. Angesichts des von einer erheblichen Zahl nationaler Parlamente geäußerten Bedarfs an einer verstärkten Unterstützung bei Themen der öffentlichen Gesundheit prüft das Regionalbüro derzeit Möglichkeiten, einen Rahmen für die regionsweite Zusammenarbeit mit europäischen Parlamenten zu schaffen. Auf ähnliche Weise haben die WHO-Regionalbüros für den östlichen Mittelmeerraum und den westlichen Pazifikraum bereits 2019 bzw. 2015 eigene regionsweite Netzwerke für die Zusammenarbeit mit Parlamenten geschaffen. Auch die WHO-Regionalbüros für Gesamtamerika und Südostasien sind dabei, ähnliche Netzwerke ins Leben zu rufen.
3. Parlamentarier spielen im Gesundheitswesen eine wichtige Rolle, nicht nur in Bezug auf die Einführung von Gesetzen und die Diskussion und Genehmigung von Haushalten (wodurch wiederum Ressourcen mobilisiert werden), sondern auch dadurch, dass sie Aufsichtspflichten übernehmen und so die Rechenschaftslegung und Transparenz der jeweiligen Regierung sicherstellen, ressortübergreifende Maßnahmen fördern, die nationale Umsetzung globaler Verpflichtungen gewährleisten, die Beteiligung bestimmter Akteure fördern und sich an internationalen Partnerschaften beteiligen. Eine entscheidende Rolle spielen Parlamentarier auch bei der Bewältigung der Determinanten von Gesundheit wie Klimawandel, Luftverschmutzung, sauberes Wasser, Sanitärversorgung und Lebensmittelsicherheit, bei der Gewährleistung, dass die Gesundheitssysteme gestärkt werden und Arzneimittel nicht nur sicher, sondern auch leicht zugänglich sind, und bei der Förderung gesundheitsförderlicher Entscheidungen, z. B. durch die Besteuerung von Tabakprodukten und anderen schädlichen Produkten.
4. Parlamentarier verfügen sowohl über die Autorität als auch die Verantwortung, die höchsten Standards an Gesundheit und Wohlbefinden für ihre Mitbürger zu fördern, und übernehmen eine wichtige Funktion bei der Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in

politische Maßnahmen. Die aktive Einbindung von Parlamentariern in die globale Gesundheitspolitik ist daher von entscheidender Bedeutung.

5. Rechtliche Rahmen – Gesetze und andere Rechtsinstrumente sowie die für deren Umsetzung erforderlichen Mechanismen und Einrichtungen – sind unerlässlich, um die Verwirklichung einer allgemeinen Gesundheitsversorgung und aller gesundheitsbezogenen Zielvorgaben der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) voranzutreiben. Rechtliche Rahmen dienen dazu, Gesundheitssysteme zu organisieren und zu verwalten, Verantwortlichkeiten zuzuweisen, Standards festzulegen, Maßnahmen zu genehmigen und einzuschränken, Märkte zu gestalten, die Menschen vor bestimmten Gesundheitsrisiken zu warnen und Einfluss auf die sozialen Verhaltensnormen zu nehmen. Die gesundheitspolitische Gesetzgebung geht über das Gesundheitswesen hinaus und erstreckt sich auch auf Bereiche wie Handel und Industrie, Finanzen, Bildungswesen, Landwirtschaft, Straßen- und Verkehrswesen sowie Umwelt. Aufgrund eines Mangels an Evidenz, politischer Kohärenz, kontinuierlicher Durchsetzung und Überwachungsmechanismen tun sich die Länder jedoch oftmals schwer damit, rechtliche Rahmen für das Gesundheitswesen wirksam zu gestalten, umzusetzen und zu evaluieren. Die Stärkung rechtlicher Rahmen erfordert die Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von maßgeblichen Akteuren wie etwa politischen Entscheidungsträgern, Regulierungsbehörden, Parlamentariern, Gesundheitsversorgern, der Privatwirtschaft, Gemeinden und Entwicklungspartnern.

6. Mit Unterstützung der WHO müssen Parlamentarier aus der gesamten Region zusammenarbeiten, um die für die gesundheitspolitische Entscheidungsfindung relevanten Informationen auf nationaler, regionsweiter und internationaler Ebene zu identifizieren und auszutauschen und so in den jeweiligen Ländern und Parlamenten globale und regionsweite Verpflichtungen in sämtlichen Gesetzen in lokale Maßnahmen umzusetzen. Darüber hinaus müssen sie sicherstellen, dass neue Gesetze und Handlungskonzepte erlassen werden, um die Ziele der allgemeinen Gesundheitsversorgung und der Gesundheitssicherheit zu verwirklichen und die gesamte Bevölkerung vor gesundheitlichen Gefahren zu schützen.

7. Es besteht jedoch weiterhin eine große Kluft zwischen den globalen und regionsweiten gesundheitspolitischen Verpflichtungen der Regierungen und dem Bewusstsein und der politischen Unterstützung für diese Verpflichtungen aufseiten der Parlamentarier. Zudem besteht die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Parlamenten in der gesamten Europäischen Region sowie zwischen Parlamenten, der WHO und anderen im Gesundheitsbereich tätigen Organisationen. Daher wird vorgeschlagen, mit Unterstützung der WHO ein parlamentarisches Netzwerk von Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden von Gesundheitsausschüssen in der Europäischen Region der WHO aufzubauen, dessen Ziel es ist, das Bewusstsein für die globale Gesundheitsagenda und die Notwendigkeit für gemeinsames Handeln auf nationaler und internationaler Ebene zu schärfen und hierfür einen kooperativen Ansatz zu verfolgen, um die Politik für eine bessere Förderung und einen besseren Schutz von Gesundheit und Wohlbefinden zu gewinnen.

8. Die WHO schlägt vor, mit Parlamentariern zusammenzuarbeiten, um:

- ihre Kapazitäten für einen wirksamen Einsatz für gesundheitspolitische Themen in parlamentarischen Debatten zu stärken, damit sie auf sinnvolle Weise die Entscheidungsfindung bei gesundheitsbezogenen Themen beeinflussen können, auch durch die Zuweisung von Ressourcen;
- sie mit Informationen und Erkenntnissen auszustatten, die es ihnen ermöglichen, nationale gesundheitliche Herausforderungen innerhalb ihrer Mandate (etwa in

Bezug auf die Aufsicht über die Umsetzung staatlicher Konzepte und die Beteiligung am Gesetzgebungsprozess) und auf Grundlage fundierter Informationen anzugehen; und

- Parlamentarier, die sich für die Förderung von Gesundheit und Wohlbefinden einsetzen, auf einer Plattform zusammenzubringen, über die sie sich über Erfahrungen und Informationen (wie evidenzbasierte Daten und Informationen, einschließlich Fachinformationen) austauschen und sich gegenseitig unterstützen können (etwa in Form von fachlicher Hilfe und konzeptioneller Beratung).

9. Dies trägt dazu bei, dass ihre Position als Gesundheitsförderer in parlamentarischen Debatten gestärkt wird und sie stärkeres Gehör bei Gesundheitsthemen, insbesondere bei wichtigen nationalen und ressortübergreifenden politischen Dialogen oder parlamentarischen Debatten finden. Sie werden in die Lage versetzt, die WHO in Bezug auf den weiteren Ausbau von Kapazitäten in den nationalen Parlamenten um Hilfe zu bitten, um so systematisch und auf wirksame Weise das Thema Gesundheit bei parlamentarischen Aktivitäten wie Gesetzgebung und Aufsicht (insbesondere in Zusammenhang mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und den SDG) aufzugreifen. Darüber hinaus wird das Netzwerk zur Förderung des regelmäßigen Dialogs zwischen den Mitgliedern und zur Erarbeitung gemeinsamer Standpunkte im Hinblick auf die Verbesserung der Politiksteuerung für mehr Gesundheit und die Ausweitung der Rolle von Gesetzgebern bei der Gestaltung, Umsetzung und Kontrolle von gesundheitspolitischen Handlungskonzepten beitragen.

## **Ziele der Informationssitzung**

10. Die Fachinformationssitzung wird (unter Berücksichtigung der Empfehlungen und Schlussfolgerungen der im Juli 2019 abgehaltenen Konsultation) ein Forum für Diskussionen zwischen den Vorsitzenden bzw. stellvertretenden Vorsitzenden parlamentarischer Gesundheitsausschüsse und den Delegationen der Mitgliedstaaten für das WHO-Regionalkomitee für Europa über die Einrichtung eines europäischen parlamentarischen Netzwerks bieten. Dieses soll mit der globalen Perspektive zugunsten der Vorantreibung der allgemeinen Gesundheitsversorgung (etwa der Resolution der Interparlamentarischen Union (IPU) zur Verwirklichung einer allgemeinen Gesundheitsversorgung und dem ehrgeizigen Projekt eines globalen parlamentarischen Netzwerks) verknüpft werden und den regionsweiten und subregionalen Erfahrungen Rechnung tragen. Ziel der Informationssitzung ist es, auf diesen Diskussionen und Empfehlungen aufzubauen und so die weitere Vorgehensweise für die Einrichtung eines europäischen parlamentarischen Netzwerks festzulegen.

## **Ablauf der Informationssitzung**

11. Die Informationssitzung beginnt mit der Vorstellung der Ziele, zu klärender Rechts- und Führungsfragen, der Arbeitsmodalitäten sowie potenzieller thematischer Bereiche der Zusammenarbeit. Als Hintergrunddokumente zu dieser Sitzung dienen ein Konzeptpapier zu den näheren Einzelheiten dieser Aspekte und ein Bericht über die Konsultation. Darauf folgt eine Präsentation über die zukünftigen Aktivitäten unter Federführung des WHO-Hauptbüros und der IPU, insbesondere des Resolutionsentwurfs der IPU zum Thema „Verwirklichung einer allgemeinen Gesundheitsversorgung bis 2030: Die Rolle von Parlamentariern bei der

Gewährleistung des Rechts auf Gesundheit“, der auf der 141. Versammlung der IPU im Oktober 2019 angenommen werden soll.

12. Im Anschluss daran soll eine moderierte Diskussion unter Beteiligung von Parlamentariern aus der gesamten Europäischen Region und der Mitgliedstaaten stattfinden.

13. Den Abschluss der Fachinformationssitzung bildet eine Zusammenfassung der Schritte, die für die Einrichtung eines parlamentarischen Netzwerks in der Region zu ergreifen sind.

## **Erwartete Ergebnisse**

14. Von der Sitzung werden folgende Ergebnisse erwartet:

- Die Teilnehmer erhalten ein besseres Bewusstsein für die zentralen Trends und die aktuelle Lage im Hinblick auf die Zusammenarbeit zwischen WHO, IPU und verschiedenen parlamentarischen Netzwerken;
- die Teilnehmer werden über den bevorstehenden Resolutionsentwurf der IPU zum Thema „Verwirklichung einer allgemeinen Gesundheitsversorgung bis 2030: Die Rolle von Parlamentariern bei der Gewährleistung des Rechts auf Gesundheit“ informiert, der auf der 141. Versammlung der IPU angenommen werden soll;
- es entwickelt sich eine strukturierte Debatte darüber, wie sich die offizielle Einführung des regionsweiten parlamentarischen Netzwerks vorantreiben lässt und wie dieses Netzwerk mit dem zukünftigen globalen parlamentarischen Netzwerk unter der Federführung des WHO-Generaldirektors verknüpft werden kann.

= = =